

RHEINLAND-PFALZ**Freie Berufe
als Wirtschaftsfaktor**

Die Freien Berufe leisten einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung einer ausgewogenen Unternehmensstruktur und zur Anpassung an den wirtschaftlichen und technischen Wandel, erklärte Wirtschafts- und Verkehrsminister Heinrich Holkenbrink in der Antwort auf eine Große Anfrage der CDU-Landtagsfraktion. Die 18 000 Freiberufler in Rheinland-Pfalz – davon sind etwa 11 000 den Heilberufen zuzurechnen – beschäftigten nach den Angaben des Ministers im vergangenen Jahr fast 32 000 Arbeitnehmer, darunter 7200 Auszubildende. Die Beschäftigtenzahl ist seit 1975 etwa um ein Drittel angestiegen, die Zahl der Auszubildenden im Bereich der Freien Berufe hat sich seit 1970 fast um die Hälfte erhöht.

In der Mittelstandspolitik, erklärte Holkenbrink weiter, dürfe nicht die Ausweitung bestehender finanzieller Hilfen zugunsten der Freien Berufe im Vordergrund stehen, sondern die Verringerung des staatlichen Anteils in Wirtschaft und Gesellschaft. Für die Zukunft würden die steigende Zahl der Hochschulabsolventen in den achtziger Jahren und die sinkende Aufnahmefähigkeit des staatlichen Bereichs für die Freien Berufe zunehmende Beschäftigungsrisiken und teilweise eine Verschlechterung der Einkommenssituation mit sich bringen. WZ

**Abrechnungsdurchschrift
an den Patienten?**

Der Vorsitzende der rheinland-pfälzischen Landtagsfraktion der CDU, Hans-Otto Wilhelm, hat vorgeschlagen, daß jedem Kassenpatienten eine Durchschrift der ärztlichen Abrechnung über seine Behandlung zugestellt werden sollte. Wilhelm meint, daß eine solche

Maßnahme zur Kostendämpfung im Gesundheitswesen beitragen, den Gedanken der Solidargemeinschaft aller Versicherten wieder stärken und auch „in manchen Fällen die Kontrolle der ärztlichen Abrechnung verbessern“ könne. WZ

HESSEN**Genetische Beratung
zu selten genutzt**

Sozialminister Armin Clauss hat dazu aufgerufen, daß Schwangere das genetische Beratungsangebot besser nutzen sollten. Dies gelte insbesondere für die vorgeburtliche Fruchtwasserdiagnostik, die im Jahre 1979 in Hessen nur von jeder dritten der über 37jährigen schwangeren Frauen in Anspruch genommen worden war. Dabei hat sich auch herausgestellt, daß vorwiegend Frauen aus der sozialen Mittelschicht dieses Angebot wahrnehmen und auch schon im jüngeren Alter diese Untersuchung verlangen. WZ

ZITAT**Gewappnet
für den Katastrophenfall?**

Giselher Sorge: Nach Seveso oder Harrisburg – können die Bundesbürger vor solchen Gefahren heute beruhigter schlafen? Ist der Staat also auf den Katastrophenfall besser vorbereitet als die Ärzte?

Karsten Vilmar: Nein, mit Sicherheit schlechter und vor allen Dingen dann schlechter, wenn man die Bemühungen in anderen Staaten, zum Beispiel in der Schweiz oder in Schweden, mit den Bemühungen in der Bundesrepublik vergleicht.

Aus einem Interview des Hessischen Rundfunks „Pasziert, Notiert“

NIEDERSACHSEN**Sozialminister: Im
Krankenhaus investieren!**

Wenn es überhaupt noch ein Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung geben sollte, dann sollte man vorrangig im Bereich der Krankenhäuser investieren; dies erklärte Sozialminister Hermann Schnipkoweit im Zusammenhang mit seiner Mitteilung, daß das Land Niedersachsen für 1982 die für die Sanierung von Krankenhäusern zur Verfügung stehenden Mittel auf 150 Millionen steigert.

Schnipkoweit kritisierte erneut, daß die Bundesregierung den Bundesanteil an den Kosten der Krankenhausfinanzierung inzwischen auf weniger als 20 Prozent habe zurückgehen lassen.

Für alle 238 niedersächsischen Krankenhäuser hat das Sozialministerium des Landes in einer Broschüre auf der Basis der Selbstkostenblätter 1979/80 die Zahl der Fälle, die Pflagetage, die durchschnittliche Verweildauer, den im Jahr 1979 erzielten Ausnutzungsgrad, die Fallkosten, Fallerlöse und Gesamtkosten sowie den Pflegeersatz für das Jahr 1980 zusammengestellt.

Mit dieser Dokumentation will das Sozialministerium zur Versachlichung der Diskussion um die Kostendämpfung beitragen. WZ

SCHLESWIG-HOLSTEIN**55 Sozialstationen**

Die Zahl der schleswig-holsteinischen Sozialstationen hat seit Beginn dieses Jahres von 39 auf 55 zugenommen. Sozialminister Professor Dr. Walter Braun bezifferte die freiwilligen Zuschüsse des Landes für Sozialstationen sowie Gemeindekranken- und Hauspflege für dieses Jahr auf rund 5,5 Millionen DM. yn